

# Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Mietzählerlich frei Haus Ausgabe A mit Illustriertem Beilage 12.75 M. Ausgabe B 11.25 M.  
einschließlich Postversandgebühren  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Werktagen nachmittag. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsseite 1.40 M. im Kleinformat 0.50 M. Familienanzeigen 1.30 M. — Für unerlaubt geschriebene, sowie durch Gernsprecher aufgegebene Anzeigen nimmt nur die Herausgeberlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen.

## Oberschlesiens Selbstschutz

Von General der Infanterie a. D. Lekuis

L

Die Pfingststage habe ich an Oberschlesiens Grenze verbracht, um zu hören und zu sehen, wie es meinen oberschlesischen Freunden erging und was sie denken. Am liebsten wäre ich gleich dort geblieben und hätte die Führung des Oberschlesischen Selbstschutzes übernommen, handelte es sich doch um das Land, dessen tapferer Sohn der Kästchen 12. Division gehörte, die ich zwei Jahre lang im Kriege von Erfolg zu Erfolg führten durfte; hatte ich doch nach dem Kriege Oberschlesiens Grenzen mit der 8. Reichswehrbrigade der ehemaligen 12. Division gegen Polen und Tschechen schützen können. Aber was die Entente und besonders Frankreich dazu gesagt haben würden, wenn ein deutscher Mann vom Rhein sich für seine Brüder an der oberen Oder eingesetzt hätte, das erschien mir auch aus ihren jetzt ergangenen Erfassen. In unserer hilf- und nachlässigen Lage müssen wir jetzt das nachholen, was wir vor dem Kriege versäumt haben. Seitens des Eindrucks, den unsere Worte und Handlungen auf die Umwelt machen; eine Lebensrealität, der sich selbst das allmächtige Allianz stellte zu seinem besten Nutzen befreit. Dem General Höfer aber, dem gebornten Oberschlesier, kann keiner wöhnen und verargen, sich für sein enges Heimatland mit dem einen ihm vom Kriege her noch verbliebenen Arm einzusetzen und so dem Selbstschutz das zu geben, was ihm bisher fehlte, eine sichtbare, einheitliche, bewährte, landeskundige Führung, auf die sich die bedrohte Bevölkerung mit vollem Vertrauen verlassen kann.

Den Teufel kann man mit den oberschlesischen Männern aus der Hölle holen. Das ist meine Kriegserfahrung, aber sie wollen auch fest geführt sein, nicht bloß militärisch, sondern auch politisch. An letzterem hat es nach dem Kriege sehr gefehlt. In der Flamenrichslacht 1917 gaben diese Männer vor Opern keinen Aufschrei Voden dem Feinde, sondern bewahrten jeden feindlichen Angriff mit hochstem Gegenstand und waren dabei den Feind stets über seine eigenen Gedanken hinaus zurück. In Italien Herbst 1917 stürmten die oberschlesischen Divisionen allen anderes voran im Isontzale am Monte Matajur vorbei über Karfreit hinaus, so dass wie am Sturmabend abends eine 15 Kilometer tiefe Breche in den Feinde geöffnet hatten. In der Frühjahrsoffensive 1918 waren die Oberschlesier stets in vorderster Linie zu finden, wenn es zu Stürmen galt, so bei Arros, so zweitens Armentieres. Noch am 2. September 1918 gingen die wackeren Männer in der Schlacht vor Cambrai über unsere zurückhaltenden Linien hinweg vor, waren die in unsere Linien eingebrochenen Engländer wieder hinaus und trieben sie 4 Kilometer zurück. Auch auf dem Rückmarsch und im Grenzschluss Schlesien haben sie ihren Mann gestanden und treue Männerzucht gehalten.

Und das alles nicht, weil sie muhten, denn der Zwang ist nicht auf Dauer von Erfolg, sondern weil sie freien Herzens ihr geliebtes Oberschlesien vor dem Feinde bewahren und dem Deutschen Reich erhalten wollten. Solche Männer vergibt man nicht, vor allem vergibt man nicht die besten, die ihre Treue mit dem Tode besiegt haben. Wie oft gedenke ich der ersten und doch so stolzen gemeinsamen Stunden: Wenn wir vor der Schlacht in Bataillonen und Regimenten vor unserem Schlachtenlenster auf den Knieen lagen, seine Gnade erlebten und von unseren Priestern die Absolution erhielten, wenn ich nach heinem Kampf meinen tapferen Helden das wohlverdiente Loh spenden konnte, wenn sie nach gelungenem Durchbruch in Italien trocken aller Peine, trocken des süßen Weines entzogen ihren angebohrten Gelüsten Mah zu halten wußten im Glanz, um weiter allen anderen voran über den Taglamento bis zum Piave zu stürmen, wenn sie zum Schlusse des Krieges über elende deutsche Genossen hinweg, die ihnen das Wort "Treue" entgegengestellt, zum erfolgreichsten Gegenschlag vorgingen!

Solche Männer sieht man bis zum Tode und nichts erfreut einen alten Soldaten mehr, als wenn er auch nicht vergessen ist, wenn ihm immer noch Erinnerungen angenhen und er doch vielfach aufgefordert wird, seine alte oberschlesische Division wieder zu den Waffen zu rufen und Oberschlesien von feindem Volk zu säubern. Ein schöner Gedanke, dem aber die tatsächlichen militärischen und politischen Unterlagen zur Durchführung fehlen, der beim Versuch seiner Vermählung nur zum Augläuf Gesamtdeutschlands ausschlagen würde.

Aber auch eine croke Zahl der ehemals so Mettern sind ins politische Lager abgeschwungen; eine Anzahl von ihnen verfüberten mir an meinem Lehnen — Würzigen — Geburtsstätte ihre alte Unabhängigkeit, befannen dabei aber ihre anderspolitische Auffassung. Wie erklärt sich diese Sinnentzündung? Weil die eindeutigste politische Richtung und vor allem die leidende oberschlesische Persönlichkeit fehlte, wie sie die Polenpartei im Diktator Korantin hatte. Daher wurde die Abstimmung mit den etwas über 60 Prozent deutschen Stimmen eigentlich zu einem Misserfolg gegenüber den zu erwartenden 75 Prozent. Die Einzelgruppe für das unter dem Vorwurf bliebende Ergebnis führt das unter dem Vorwurf bliebende Ergebnis führt das zähneknirschend und bekannt. Ein wesentlicher Grund war aber die nicht einheitliche Vorarbeit für die Abstimmung. Es haben zudem Stellen und Parteien neben und daher auch teilweise gegeneinander gearbeitet. Die notwendige, starke Organisation, die zur Koordination gegen die polnische, zur ökonomischen Verwendung aller Geld- und sozialen Mittel, zur Erzielung einer einheitlichen Propaganda und Pressearbeit usw. in einer prominenten Persönlichkeit ihre Sache hätte haben müssen, wie auf polnischer Seite in Korantin, hat gefehlt. So die Auffassung kundiger Oberschlesier.

Die Abstimmung selbst bedeutete aber auch nur eine Gippe in der Entwicklung der oberschlesischen Lage. Seine Megab die Entscheidung. Das muhte jedem klar sein, der die Verhältnisse seit der Erhebung Oberschlesiens durch die Entente kannte. Mit Bekanntwerden des Abstimmungsergebnisses muhte man also auf eine Verstärkung des Kampfes um Oberschlesien rechnen. Stercke war schon vorher alles vorzubereiten. Die polnische Seite hat es getan. Die Kontrahenten aller in ihrem Sinne wichtigen Kräfte in dem Diktator Korantin kam ihr dabei zugute. Sein am 21. 6. erschienener Aufruf war ein klares Programm besser, was Polen wollte, und zugleich eine Kampf-

ansage bis aufs Messer. Demgegenüber wurde auf deutscher Seite nichts Durchschlagendes vorbereitet. In der Presse bewerte jede Zeitung das Ergebnis anders. Eine Propaganda in der deutschen und ausländischen Presse für ein ungeeignetes deutsches Oberschlesien, die geographisch, wirtschaftlich und geschichtlich so leicht zu führen war, fehlte fast ganz. Erst nach Wochen besann man sich allmählich darauf. Dieses Nachhinken hat nicht die Möglichkeit mehr vorhanden, irgendwie die Bedürfnisse dieser Leute zu bedenken und Einfälle auf diesem Wege zu beforschen. (Gutrat links.) Ich glaube, beim Gewerbeaufgabes können wir uns nicht darüber unterhalten, ob dies und das verfault ist oder nicht, wie Herr Abg. Siemert meint, sondern wir müssen mit der nächsten Tatfrage rechnen, daß wir eine Gewerbeaufgabe zu erledigen haben; und daher müssen wir auch das in Rechnung stellen. (Gutrat.) Bis jetzt haben Sie auch noch keinen Ausweg aus diesen finanziellen gezeigt.

Ich möchte Ihnen sagen, daß, wenn die Regierung unterrichtet wäre, wie die Verhältnisse gerade hier in dieser Provinz liegen, sie sich doch vielleicht überlegen würde, ob nicht mindestens Erleichterungen auf diesem Gebiete geschaffen werden könnten. Ich weiß nicht, ob der Regierung, die auch gerade hinsichtlich der Presse ihr besonderes Wohlwollen sonst immer zum Ausdruck bringt, bekannt ist, wie schwer gerade auch die freien Mitarbeiter in der Presse zu rinnen haben und wie schwer es werden würde, eine solche Belastung zu ertragen. Ich möchte daher bitten, daß gerade im Interesse der Erhaltung unserer kulturellen Güter und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß wir auch den geistigen Arbeitern, die freiberuflich tätig sind, Gelegenheit geben müssen, so leben zu können, wie es unbedingt notwendig ist, den Ausschluß sich diesen Absatz 3 des § 4 noch einmal gründlich anzusehen. Ich habe Ihnen gesagt, daß ich der Ansicht bin, daß Herr wohl eine Befreiung ist, wo alle Parteien einen gehen könnten. Ich weiß nicht, ob das auf die äußerste Linke noch antrifft, noch den Konservativen, die ich gehabt habe, aber ich glaube, daß in allen Parteien die Ansicht sicherlich die Überhand gewinnen wird, daß man hier nicht etwa sofort eingreifen darf. Denn man würde sonst schließlich auch bei uns in Sachsen, vor allen Dingen in einer Stadt wie Dresden, es dem Radikalismus vollständig unmöglich machen, sich noch freiheitlich der geistigen Arbeit zu widmen.

Von diesem Gesichtspunkt aus erlaube ich mir an das Haus den Appell zu richten, mindestens in dieser Hinsicht Erleichterungen einzutreten zu lassen und dafür zu sorgen, daß nicht die Weißarbeit mit einer Gewerbesteuer sondergleich und ohne Grenze belastet wird.

Zu dieser Seite schreibt die demokratische "Sittauer Morgenzzeitung" (Nr. 127 vom 3. Juni) folgendes:

Der Zentrumsbund Hohlein griff einen einzigen Punkt der Vorlage heraus, den er außerordentlich gehobt angriff und unter Weiss des ganzen Hauses als gänzlich verfehlt hinstellte. Er wußt darauf hin, daß es ganz unumstößlich sei, die freien Berufe, wie Aerzte, Rechtsanwälte, Bildhauer, Maler, Schriftsteller, dieser Gewerbesteuer zu unterwerfen, denn diese Berufe seien einmal freie Berufe, gehörten nicht zum Gewerbe und im übrigen seien die meisten von ihnen, wie namentlich Schriftsteller und Künstler, völlig unverstanden. Die Steuer bediente in dieser Hinsicht geradezu eine Besteuerung der geistigen Arbeit, und man sollte sich nur einmal entziehen, welch schönen Nebenelementen die Regierung immer inquisitio der Weißarbeit zu finden wisse, sobald aber einmal etwas Positives an ihren Gunsten getan werden soll, verhält sie nicht nur - sondern sie befürwortet geradezu den Gleich. In der Abstimmung dieses Punktes sollten, so schloß Hohlein unter Weiss alle Parteien einig sein. Auch der demokratische Abgeordnete Dr. Reinhold schloß sich als Sachverständiger diesem Urteil vollständig an.

## Die Schlussdebatte über das neue Regierungsprogramm

### Das Vertrauensvotum

Berlin, 5. Jun.

Die Aussprache über das Regierungsprogramm wurde am Sonnabend zu Ende geführt. Vorab sich jedoch das Haus dieser Materie zuwendet, werden kurz und ohne Debatte noch einige andere Angelegenheiten erledigt. Präsident Löb teilt dem Hause mit, daß es der Interallierten Kommission und der deutschen Regierung gelungen sei, das Mitglied des Reichstages, Dr. Hartmann, von der Deutschen Volkspartei aus politischer Hand wieder frei zu bekommen. Er hält daran die Erwartung, daß diejenigen, die die Freiheit des Abgeordneten angestellt haben, zur Verantwortung gerufen werden. Ein Gruß über das deutsch-britische Abkommen bezüglich der Durchführung eines Teiles des Friedensvertrages wird in allen drei Abstimmungen angenommen; der Entwurf zur Verlängerung der Neutralitätszeit des Gesetzes gegen die Kapitalflucht wird dem 10er-Ausschuß überwiesen. Dann wendet sich der Reichstag seinem ehemaligen Thema zu. Der Tag gehört den Abgeordneten der zweiten Mehrheit. Das Grundsätzliche zum Regierungsprogramm tritt in den Hintergrund, man behandelte, wie es größtenteils bei der zweiten Abnerreiche Gewohnheit zu sein pflegt, mehr die rechtspolitischen Angelegenheiten. Von der Bayerischen Volkspartei spricht zunächst noch als lehrt der erste Konserv. Abg. Löb an. Aus Gründen der ersterbenden Stabilität fordert er den neuen Ministerium unbeschadet der sachlichen Kritik wohlmösende Neutralität zu. Der Optimismus des Reichskanzlers über die angedeuteten direkten Steuern wird vor ihm nicht getilgt. Von einer allzu starken Durchführung der Normalisierung und Kapitalisierung fliechtet er eine Schädigung der kleinen und mittleren Selbständigen für den Staat außerordentlich wertvollen Existenz. Auch seinerseits wird die Aufhebung der Sanktionen gefordert, sowie eine gerechte Lösung der oberschlesischen Frage.

Den Reigen der zweiten Rednerreihe eröffnet der deutsch-nationale Abgeordnete v. Graefe. Es bedurfte keiner Entschuldigung des Herrn v. Graefe, daß gerade die Deutschen Nationalen zum zweiten Male zu denselben Gegenstand wieder zu müssen glaubten, sie haben es noch nie anders gehalten. Auch wenn sie ihre Ausführungen zweimal machen, wird der West und ihre Wirkung dadurch nicht größer sein. Daher die Rede eine rechte Oppositionsrede wurde, dafür lärgte der Abgeordnete. Der Wahlgewinn die Ehre: im Ordnungsmarke ist er nicht immer ungeschickt. In positiven Vorschlägen brachte er nichts. Gleichmallos waren seine Angriffe auf das Ändertum. Daher seine Freunde gegen die Regierung stimmen werden, müssen wir. Wenn er zum Wiederantritt der Kommunisten meint, dieser sei für die Parteinteressen der kommunistischen Partei spezialisiert, während der deutsch-nationale Antrag generell ist, so ändert das nichts an der Tatsache, daß sich beide wieder einmal zusammengetan haben. Wie man in den Wald ruft, so tönt es heraus. Müller spricht von der Rechten Sozialdemokratie und weist sich schärfer gegen die Rechte. Den Nachdrängen hält er vor, sie hätten besser gehalten, wenn sie in das Kabinett gegangen wären, um mitzuarbeiten. Eine allgemeine Konsistie lehnt er ab, weil sie vom deutschen Volke nicht verstanden werden würde. Die Ausführungen des Herrn Weise halten die Sozialdemokratie aufrecht. Die Sozialdemokratie ist bereit, an der Erfüllung des Ultimatums positiv mitzuarbeiten.

Vom Zentrum spricht der Abg. V. Ullrich. Er schildert noch einmal die Folgen, die eine Ablehnung des Ultimatums herbeigeführt hätte, und hält den Deutschen Nationalen ihre Katastrophenpolitik vor. Den Angriff des Herrn v. Graefe, die Regierung habe eine unpassende Passivität gegenüber Oberschlesien bewiesen, meint er aufs Schärfste zurück. Wenn Oberschlesien noch nicht verloren ist, so sei dies nur

der Annahme des Ultimatums zu danken. Dadurch, daß man mit der Faust auf den Tisch schlägt, kommen wir nicht vorwärts. Das Ziel des Zentrums ist die Rettung des Vaterlandes. Der Unabhängige Erfspieß wendet sich gegen die Judentheorie der Rechten, berührt die Stellungnahme seiner Partei zur Frage der Amnestie und zur Sozialisierung. Wenn er behauptet, daß der Eintritt der Unabhängigen in die Regierung unmöglich sei, weil sie im Interesse des Proletariats nicht mit bürgerlichen Parteien zusammen Politik machen können, so beruft diese Ansicht auf Gegenseitigkeit. Das Mithrausvotum will keine Partei ablehnen. Die Regierung habe das Ultimatum angenommen, auch bisher dessen Erfüllung ernstlich betrieben, und darum werde die USPD ihre Politik der Unabhängung internationalen Verständnisses unterstützen. Der Demokrat Dr. Kühl ist der Meinung, daß das geringste Vertrauensvotum seitens der Rechten der schwerste Schlag für die Regierung wäre. Den Schluß macht der Kommunist Dr. Geyer. Er wünscht wie am Vorlage seines Genossen Höllerin. Endlich schreitet man zur

## Abstimmung.

der Anträge. Drei liegen drei vor: einer, ausnehmend von den Regierungsparteien, unterzeichnet Müller-Francken (Soz.), Pöhlke-Kromberg (Zentrum), Koch (Dem.).

„Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles baran lege, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen. Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien.“

Damit schließt die Aussprache. Es folgen Erklärungen einzelner Parteien zur Abstimmung.

Abg. Dr. Stresemann (D. W.): Wir werden das Mithrausvotum der Kommunisten ablehnen, weil es kommunistisch-tendenziös ist. Ein Vertrauensvotum ist nicht angebracht gegenüber den Erklärungen der Regierung. Wir werden bei dem ersten Abstich uns der Stimme enthalten, bei dem zweiten Abstich für Oberschlesien werden wir zu stimmen.

Abg. Dr. Erfspieß (Munich): Ich lehne den Votum über Oberschlesien ab. Dem Vertrauensvotum werde ich zustimmen, wenn ich den ersten Teil.

Abg. Schulz (Pöhlke-Kromberg, Dem. W.): Wie werden alle drei Teile des Vertrauensvotums ablehnen, auch den Votum über Oberschlesien.

Der Mithrausvotrag der Kommunisten wird sodann in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Der Mithrausvotrag der Deutschnationalen wird in namentlicher Abstimmung mit 281 gegen 77 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Deutschnationalen und Kommunisten.

Der Antrag der Regierungsparteien wird darauf in seinem ersten Teile mit 213 gegen 77 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten bei 48 Enthaltungen (Deutsche Volkspartei) angenommen.

In einfacher Abstimmung wird darauf der Abstich über Oberschlesien gegen Deutschnationale, Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Präsident Löbe stellt darauf fest, daß damit nach seiner Ansicht der in allen seinen Teilen angenommene Antrag Müller-Francken erledigt sei.

Abg. Schulz-Kromberg (Dem. W.) erhebt Einspruch und verlangt noch eine Gesamtabstimmung.

Der Präsident erklärt, daß diese nicht notwendig sei, da der zweite Abstich eine besondere Materie behandle und auch von vornherein als befürbeter Antrag hätte eingebrochen werden können. Das Haus stimmt der Aussöhnung des Präsidenten gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei und einiger Deutschparteiteile zu.

Die kommunistischen und unabhängigen Anträge auf Beseitigung der Sondergerichte und Aufhebung des Ausnahmestandes werden abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag Müller-Francken (Soz.) auf Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt der Vergangenheit. Dafür stimmte mit den beiden sozialistischen Gruppen und den Kommunisten auch eine Minderheit des Zentrums unter Führung des Reichskanzlers Wirth, der seinen Abgeordnetenstift eingenommen hatte.

\* \* \*

Der Reichstag hat sich entschlossen, sich bis Mitte Juni zu verlagern. Man will in der Zwischenzeit der Regierung die bisher über die Formulierung ihres Programms noch nicht hinausgekommen ist, Gelegenheit geben, die Einzelheiten dieses Programms praktisch vorzubereiten. In der Tagung, die von

Mitte Juni bis in die erste Hälfte des Juli hinein gedacht ist, sollen dann diejenigen Maßnahmen gesetzgeberisch in die Wege geleitet und durchgeführt werden, die geeignet erscheinen, den ersten dringenden finanziellen und wirtschaftlichen Bedürfnissen aus Anlaß der Erfüllung des Ultimatums zu genügen. Es wird sich dabei vornehmlich um den Bau der schon bestehenden Steuergesetzgebung handeln. In Frage kommt hier in erster Linie die Erhöhung der Kohlen- und der Gewerbesteuern wie auch noch der Umsatzsteuer. Doch sind über diese letzten Punkte die Vorverhandlungen noch nicht abgeschlossen. Nach der Sommerpause, während deren die neuen Steuern und die Finanz- und Wirtschaftspläne vorbereitet werden sollen, wird in einer, vielleicht früher als sonst üblich anzusehenden Herbsttagung der Reichstag mit den eigentlichen Arbeiten zur Ausführung des Finanz- und Wirtschaftsprogramms sich beschäftigen müssen. Dabei wird man dann ebenfalls erst die Chancen der gegenwärtigen politisch-parlamentarischen Situation abschätzen können, und dann erst wird es sich entscheiden, ob dieser Reichstag überhauptfähig ist, die große Aufgabe, die seiner hat, zum Nutzen für die Gesamtheit und ohne Konflikt nach innen und außen zu lösen. Sich viele Hoffnungen, daß es dabei einigermaßen glimpflich abgehen wird, kann man noch allem, was man in den letzten Tagen im Reichstag erlebt hat, nicht haben. Man wird vielmehr auf das daran tun, sich selbst auf die entstehenden Gewidderungs möglichkeiten, vor allem auch auf die Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung und auf die Vorbereitung neuer Wahlen einzustellen.

## Ungleiches Brüder

„Im Mithrausvotum gegenüber der Regierung Wirth haben sich die Deutschnationalen und die Kommunisten zusammengefunden. Es sind gewiß ungünstige Freunde, aber eine innere Logik zwängt sie hinzu, weiter zu ziehen. Man sollte doch meinen, daß brauchen im Lande diese Taktik manchen die Augen öffnen müßt! Wie wenig das Vorhaben der Deutschnationalen von Verantwortlichkeit geprägt ist, geht daraus hervor, daß unter dem parlamentarischen System bei einem Sturz der Regierung diejenigen Vothen die Nachfolgerschaft antreten müßten, die eben Sturz herbeigeführt haben. Würde also durch den Mithrausvotum der Deutschnationalen und seine Unterstützung durch die Kommunisten der Sturz der Regierung eingetreten sein, so würden wir als Erbfolger noch der Logik der Dinge die Tendenz entdecken und die Kommunisten auf einer Regierungskanzler stehen! Nichts sonst die wahnsinnige Katastrophen-Politik der Deutschnationalen großter wahrheit! Wie sehr die Deutschnationalen auf eine politisch-parlamentarische Katastrophen hingearbeitet haben, zeigt auch das intensive Werben ihrer Freunde um die Stimmen der Deutschen Volkspartei für das Mithrausvotum, und dieses Werben fand schon ei em Betteln um die Stimmen der Deutschen Volkspartei gleich. Die Deutsche Volkspartei hat sich aber doch wenigstens in ihrem maßgebenden Kreise so viel bewusst bewahrt, daß sie sich nicht an das Eis laden ließ. Jetzt weißt du die deutshationale Presse der Deutschen Volkspartei vor, daß sie durch ihre Haltung tatsächlich der Stierung eines Vertrauensvotums ausgesprochen habe, denn „so sagt die Deutsche Tageszeitung“, darüber besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Ablösung des Mithrausvotums tatsächlich als Zusdruck des Vertrauens zum Kabinett Wirth empfunden werden wird. Und die „Deutsche Tageszeitung“ ist pünktlicher als der Papst, wenn sie der Deutschen Volkspartei dadurch dienen zu wollen scheint, daß sie sagt, innerhalb der Fraktion der Zeit den Volkspartei würde die Ablösung des Mithrausvotums ebenso wenig der Überzeugung der Fraktion wie der Wählerlichkeit der Volkspartei entsprechen! So kommen die Dinge darauf hinaus, und das in das Traditionelle an der Geschichte! — So war sich das Deutschnationale Wirtschaftsamt als die Kraft erwiesen, die das Güte wollte und das Gute schuf!

## Französische Stimmen zur Reichstagssabstimmung

Paris, 5. Juni. Gustave Hervé spricht in der Volksrepublik zur Abstimmung im Reichstage. Er meint darauf hin, daß Kriegsminister Vorhois die Entlassung der Jahreskasse 1919 bis Ende dieses Monats in Russland gekündigt habe. Das sei eine intelligente Politik. Diese Kesse werde als eine elegante Antwort auf die gestrige Abstimmung des demokratischen Deutschen Reichs von den Deutschnationalen und europäischen Volksrepubliken ausgelegt werden. Hervé steht auch für die Aufhebung der Sanktionen am Rhein ein, die gegen das reaktionäre Deutschland des Dr. Simons ergriffen worden seien. Schließlich macht er den Vorhod, auch dem neuen Deutschland in Oberschlesien eine Freude zu gewähren. Sie müßt nicht in der Zurückweisung des gesamten Oberschlesiens, sondern in der Urteilstagung der Hälfte des Industriegebietes bestehen. Deutland soll 20 Millionen Tonnen Kohlen von der 40-Millionen-Jahresförderung erhalten. Wenn diese Maßnahme nicht das alte deutsche Deutschland befriedigen werde, werde sie doch vom demokratischen Deutschland als ein Entgegenkommen angesehen werden.

Sächsische Volkszeitung — Nr. 127 — 6. Juni 1921

## Der Gänsebub

Fränkischer Dorfroman von Dina Ernstberger  
(Nachdruck verboten)

8. Fortsetzung)

7. Kapitel

Schon sind mehrere Wochen seit Josephs Hochzeit wieder dahin. Im Dorfe sprach man noch immer von dem Ereignis. Viele, die Josephs Besuch in ihrer Höflichkeit erwartet hatten, sagten, daß viele Geld hätte ihn stolz gemacht; die aber mit ihm in Verbindung gekommen waren, ließen das nicht gelten. Sie meinten, von Gottschmidt hätte man gar nichts an ihm gemerkt, er wäre gegen alle recht lieb und freundlich gewesen. Verschiedene wollten auch bestimmt wissen, daß das Kommen Josephs zur Hochzeit seines Bruders noch einen ganz besonderen Zweck gehabt hätte.

Der alte Gemeinbedienter des Dorfes war vom Bürgermeister beauftragt worden, sällige Gemeindeumlagen einzutragen. Das war immer eine böse Mission. Oft schlug man ihm die Türe vor der Nase zu oder man gab ihm die drecklichen Schimpfwörter zu hören. Niemand wagte sich hier man ihm willkommen. Um den Hörn der Lauerin wenigstens einigermaßen von seinem Hause abzuwenden, kam er oft auf die abenteuerlichsten Gedanken. Er mußte aus Erfahrung, daß er am ehesten sein Ziel erreichte, wenn er sofort beim Eintreten in eine Stube mit einer Neuigkeit aufwartete konnte.

Dies mußte immer schon geschehen, bevor die Leute den eignlichen Zweck seines Besuches ahnten. Josephs Anwesenheit und die damit verbundene Aufregung im Bürgermeisterhaus gaben ihm nur die gewünschte Gelegenheit.

„Leut, ich lass euch a tüchtige Neuigkeit sagen, wenn ich halt mühr, daß ihr einer Maul halten ländt.“ So sorgte er unmittelbar nach dem Kreuz in jedem Hause, daß er auf seinen unliebsamen Wanderung mit seinem Besuch beglücken muhte.

Erfot erhofften sich da die mißtrauischen, verdrossenen Wiener.

„No, Hanni, so hoch dich ner a böhle zu und. Wie kunnst du denn glauben, daß wir was sagen. Was wohlt denn no? Du bist halt doch a guter Axel, lädt an andern a was wissen.“

Wit solchen Redensarten kam man ihm da überall entgegen.

Und Hanni sah sich auf die Osenbank, versicherte nochmal heilig, daß er es sonst nirgends und gar niemandem sage, und erzählte dann geheimnisvoll:

„Gaulois“ sah, die gestrige Abstimmung sei sein Sieg, sie sei nicht einmal ein Erfolg, sondern sie erhält das Ministerium Wirth in einer preußischen Lage dank einer Aufsichtsmeinung, die man deshalb erzielt habe, weil überlegte Leute vor der Gefahr einer Aenderung der französischen Politik gegenüber Deutschland zurückgestanden waren. Diese Haltung rechtfertigte sich aber darin, daß die ausgediente Regierung diente, Frankreich werde darauf verzichten, daß dies die Karte sei, auf die die Gemäßigten in Deutschland gehen hätten.

Gens, 5. Juni. Sowohl der Temps als auch der Petit Parisien finden völkerlich gegenüber der Regierung Wirth eine Sprache, die sowohl sachlich wie in der Form von einem gewissen Entgegenkommen zeugt.

Der Petit Parisien, der bisher durchaus nichts von der Auseinandersetzung der Sanktionen wissen wollte, hat seine Meinung in dieser Beziehung vollkommen geändert, und bemerkt heute, daß sich die Wünsche Deutschlands sehr wohl erfüllen lassen würde, da diese Maßnahme lediglich wegen der Haltung des französischen Außenministers Simon erfolgt sei. Sobald festgestellt sei, daß die Regierung Wirth die notwendige Kraft habe, um gegenüber den Parteien der Rechten ihr Verbrechen durchzulegen, bestünde für Frankreich kein Grund mehr, die Auseinandersetzung der Beziehung der Kohlenhändler und der rheinischen Bahnmaßnahmen zu verzögern.

Hinsichtlich Oberschlesiens sei eine Teilung unumgänglich notwendig. Der Wunsch Frankreichs, der nunen demokratischen Regierung in Deutschland gefäßig zu sein, könne aber nicht eine Unvereinbarkeit auf Kosten ihrer polnischen Freunde zulassen. Jedenfalls verneine niemand in Frankreich, daß die Festigung der demokratischen und republikanischen Regierung in Deutschland den Grund für den Frieden der Zukunft und eine oröre Sicherung für Europa bedeuten würde. Das beste Mittel für das deutsche Volk, das Mithraus zu gestreuen und die Sympathien im republikanischen Frankreich zu erwerben, bestünde darin, durch Taten zu beweisen, daß Deutschland tatsächlich eine Republik geworden sei.

Der Temps werdet sich, ohne allerdings Poimard und dessen Freunde zu nennen, doch gegen die Bestrebungen der nationalistischen Kreise, die darauf hinzugetragen, jeder deutschen Regierung mit dem gleichen Mithraus zu begegnen. Es müsse ein Unterschied gemacht werden und Deutschland jedesmal von Frankreich die notwendigen Kredite erhalten, wenn seine Regierung von Männer gebildet werde, die ethisch bereit seien, die Verpflichtungen Deutschlands zu erfüllen und den Frieden zu festigen.

Vermöglich sind die Bemerkungen des Temps wie kleinrige des Petit Parisien auf den Quai d'Orsay zurückzuführen. Es würde sich in diesem Falle also um eine Programmerklärung des Kabinetts Briand handeln, die allerdings wohl zum ersten Male öffentlich mit solcher Bestimmtheit abgegeben wird. Inwiefern sich dieses Programm praktisch bemerkbar machen wird, ist freilich eine andere Frage.

Wie aus den Pariser Blättern weiterhin hervorgeht, wurden von deutscher Seite in den letzten Tagen wiederholt neue Vorstellungen wegen der Aufführung der Einwohnerwehr unternommen. Frankreich beantragte alle diese Schritte ablehnend mit dem wiederholten Hinweis auf die Annahme des aktiveren Mittels und auf die bekannte Note des Generals Rolet in der Entwicklungslage.

## Vertragsgeregelung mit dem Saargebiet

Berlin, 4. Juni. Wie bereits bekannt gegeben, hat sich eine Delegation der Regierungskommission für das Saargebiet, an deren Spitze der Präsident Staatsrat Mühl stand und der weitere Mitglied das aus dem Saargebiet stammende Mitglied der Regierungskommission Dr. Hector angehörte, längere Zeit in Berlin aufgehalten, um mit einer deutschen Delegation über die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages für das Saargebiet ergebenden Fragen zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden beiderseits vom Bunde geleitet, die Schiedsgerichte im Interesse der Verstärkung einer Lösung entgegengestellt. Über einige Punkte ist es trotzdem zu einer Einigung nicht gekommen. Dagegen ist es gelungen, über eine größere Anzahl von Punkten in großen Zügen Absichten für eine gelöschten festzulegen. Es handelt sich vor allem um die Frage der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegsinterdielen im Saargebiet. Diese sollen nunmehr alle Vorteile des Reichsvergütungsgesetzes zugewandt werden. Die Regierungskommission wird sich an der Bildung der sich hieraus ergebenden Kosten zu drei Vierteln beteiligen. Für die Verlängerung des Saargebietes ist eine Regelung darin getroffen worden, daß die Vermaltung an das Saargebiet übergeht, dem Deutschen Reich aber ein Präzessionsrecht über die Befestigung der Festmitten eingeräumt wird. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung beansprucht die Regierungskommission, sämtliche Verlängerungsträger für das Saargebiet zu schaffen. Durch Einlegung einer gemeinsamen Gerichtsbarkeit ist aber Vorsorge getroffen worden, daß die Interessen der deutschen Verlängerungsträger hierdurch nicht geschädigt werden. Abgesehen von rein finanziellen und verwaltungstechnischen Fragen ist schließlich noch ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen getroffen worden.

Reisejod von der Frau Bürgermeisterin Abisch nahm, brachte sie ihm einen großen Beutel voll Geld in die Hand. „Es kommt ja noch mehr nach, Hanni“, sagte sie mit einem bedeutungsvollen Blick dazu.

Munter und wohlgemut kam Hanni in der Stadt an. Als er am Bahnhof austieg und die vielen Menschen und Fuhrwerke sah, ward es ihm doch ein wenig beklemmend. Eine Zeitlang jah er dem ungewohnten Treiben zu, dann ging er frisch und sicher hinzu. Schließlich machte er sich fröhlich am Arm: „Mag mir der Herr Vetter net sagen, wo ma da a gute Glas Wasser kriegt?“ fragte er, eifrig bemüht, möglichst höflich zu sprechen. Der erstaunte Herr Vetter zeigte ihm die Wirtschaftsräume des Bahnhofs und bald sah der gute Hanni bei einem frischen Mahl und legte sich nochmal seinen Plan zurück. — Frisch gestrich, trat er seine Wanderung in die Stadt an. Die Adreß Josephs hielt er framhaft in der Hand und las daß alle Firmenschilder, ob sich darunter nicht auch der Name von Josephs Hotel finden liche. Als er dies so eine Zeitlang vergebens getrieben hatte, schüttelte er einen Vorübergehenden wieder fröhlich am Arm. „Herr Vetter, wo is denn da des Hotel Velle-ve-e?“

Der schaute ihn noch erstaunter an, wie der erste am Bahnhof, lachte und sagte, während er weiter ging, das läge in entgegengesetzter Richtung. Argwisch überlegte Hanni, was nun tun; dann machte er kehrt und schritt in entgegengesetzter Richtung weiter.

Nach einer Weile fragte er eine Dame wieder, wo denn das Hotel Velle-ve-e wäre. Sie lächelte zwar auch, führte ihn aber dann durch mehrere Straßen und auf einmal stand er vor einem großen Gebäude und da stand groß zu lesen: „Hotel Bellevue“.

Er war so überrascht, daß er es ganz vergaß, seiner liebenswürdigen Begleiterin zu danken und sich zu verabschieden. Von außen betrachtet er das Gebäude von allen Seiten, aber hineingezogen getraute er sich nicht. Lange ging er auf und ab in der Erwartung, der Schuster-Joseph würde herauskommen. Er spürte allmächtig Hunger und Durst und dies Empfinden ließ ihn endlich die Scheu überwinden, durch das große, mit Plastikplatten verzierte Tor einzutreten. Sein erster Blick fiel auf die Bogen des Portiers. „Portier!“ läutete er da angeschlagen. „Portier!“ flüsterten ängstlich seine Lippen. Scheu drückte er sich an die Wand, um in möglichst weiter Entfernung von dem Glasfenster des gefürchteten Portiers vorzugehen. Da rief dieser aber auch schon die Türe auf und fragt den Hanni ganz heilig, was er eigentlich hier zu schaffen habe.



## Gemeinde- und Vereinsnachrichten

**Dresden.** Schumitglieder R. G. D. Mittwoch, den 8. Juni 1921 abends 8 Uhr im Gesellenhaus Lichtenberg vortrag: "Eine Wanderung ins herrliche Niederschlesien." Im Anschluss daran musikalische Darbietungen. Die Mitglieder und deren Angehörige sowie Gäste sind hierzu herzlich eingeladen. Der Vorstand.

**Dresden-N.** Der Volkverein für das Land Deutschland, Dresden-N., veranstaltet am Donnerstag den 9. Juni auf der Waldschlößchen-Terrasse, Schillerstraße, sein beliebtes Sommerfest, bestehend in Coronkonzert, Kinderbelustigungen, Gabenlotterie, Theatervorstellung u. dergl. Bei Regenwetter stehen sommatische Taitz, Stollmänen usw. zur Verfügung. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

**Leipzig.** Am 10. 6. sind in allen katholischen Kirchen in Leipzig alle Sammlungen für die katholische Jugendpflege zu einem Beitrag und Umgebung.

**Ostritz. (Mission.)** Die Mission, die in der Pfarrgemeinde Christ vom Pfingstsonntag bis einschließlich Sonnabend gehalten wurde, hatte ausgezeichneten Erfolg. Den ersten Missionaren Vater Langer, Dresden und den Bacuverien Oblatenpatres Schilling, Nielenburg und Krapfmann geführt herzlicher Dank für die aufopfernde Tätigkeit auf der Kanzel und im Beichtstuhle. Es wurde gleichzeitig gepredigt in der Pfarrkirche zu Ostritz, in der Klosterkirche St. Marienthal und in der Katharinenkirche zu Grünau. Die Missionserfolg bei den bis zu Herzen gehenden Predigten nahmen Tag zu Tag und gar viele Jahre die Missionare ungemein zugenommen. Besonders eindrucksvoll gestaltete sich die Sammlungsfeier am Dreifaltigkeitssonntag und die Marienfeier am Vorabende des Kronleuchternfestes, wo beide Male an 70 singzelleidete Mädchen mit brennenden Kerzen am Hochaltar feierlich standen. Beim Hauptgottesdienste am Kronleuchternfest wurde das Missionskreuz geweiht, daß nun in der Vorhalle der Kirche die Peter ermahnt, das Gelübde der Mission treu zu halten. Als Abschluß der Mission fand am Nachmittag nahe der Schulkirche und der Generierung der Taufgelübde die große Kronleuchternprozeßion auf dem Marktplatz statt, die in würdiger Weise unter großer Verehrung abgehalten wurde. Während der Missionstage wurden für die Pfarrgemeinde Ostritz etwa 1200 Beichte und 2500 Kommunionen der Pfarrkirche und 500 Beichte und 1500 Kommunionen (ausschließlich die der Jungfrauen) in der Klosterkirche St. Marienthal. Bei vielen Sanktinen hat die Mission das religiöse Leben und Glauben neu entzündet. Wohl dieser Erfolg allezeit zeitig blieben.

**Leipzig-Ostbld.** Am Kronleuchternstage wurde, wie im vergangenen Jahre, bei herrlichem Wetter die Prozession im Schulhof gehalten. Weitere Hunderte von Erwachsenen und Kindern nahmen freudig daran teil. Den Traghimmel trugen dieses Jahr die Herren Profosur Anton Strieder, Oberbahnmeister Degenhardt, Vorsteher des Elternrates, Kaufmann Smerk, Kassierer des Kirchenbauvereins und Generalagent Schulz, Herr Schuldirektor Pfalz und Fräulein Lehmann. Pfaff führte die obdachlose Kinderchar. Die Altkräfte hatten der Arbeiterverein Nord, der Jungfrauenverein Kohls und die Familien Strieder und Degenhardt lieblich hergestellt und geschnitten. Nachmittags fand ein großes Kinderfest im "goldenen Helm" Gutrieß statt; über 300 Kinder wurden mit Kaffee, Kuchen, Abendbrot und Getränken bedacht. Die Kinder sangen unter Leitung des Herrn Schlegel, Hünemann mehrere schöne Lieder, die Knaben tanzten unter Führung des Herrn Lebereck Schierack. Fräulein Lipper leitete mit besonderem Geschick die turnerischen Vorführungen der Mädchen. Bei eintretender Dunkelheit feierte alles, Champagner trankend, fröhlich nach Hause.

## Vereins- und Partei-Anzeiger

**Volkverein für das kath. Deutschland, Ortsgruppe Dr.-Altstadt.**

Freitag den 10. Juni 1921, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gesellenhauses, Müsselfeldstr. 4; 1197

## Hauptversammlung.

Redner sind:

1. Oblatenvater B. Langer über "Armut und Reichtum im Lichte des christlichen Glaubens".
2. Oberlehrer Lukasch über "Kinderlinder nach Ostpreußen" und "Elterntauschungen".

Die Vorträge werden eingearbeitet durch musikalische Darbietungen der Altstädter "Gädelia".

Freunde, Männer, Eltern und Mitglieder werden erachtet, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Der Geschäftsführer.**

## Der Katholische Akademiker-Ausschuß an den Hochschulen Leipzigs

ladt ein zum Vortrag über: 1201

## "Wir Katholiken und das Theater"

von Dr. Thelemann, Berlin (Calderon-Gesellschaft), am Donnerstag, den 9. Juni, pünktlich 8 Uhr abends, im oberen Saale des "Deutschen Hauses", Königsplatz. und hist. W. Thalhauser. Hochschulsozietät W. Beyer.

**Katholischer Männerverein Bautzen.**

Donnerstag, den 9. Juni, abends 8 Uhr im Gesellenhaus:

## Hauptversammlung

Jahresbericht, Kostenbericht, Neuwahl des Vorstandes, Anträge, Geschiedenes, besonders Dritter Sächsischer Katholikentag.

Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht!

11:03 Der Vorstand, J. M.: Dr. Jehne.

## Otto Bergmann, Bankgeschäft Dresden

im Herzfeldhaus (Eingang Schlossergasse 2)  
Telegr.-Adresse: Bergbank. — Kassestunden 9—1 Uhr  
Fernruf 10686 — Postscheck-Konto: Dresden 18299  
Wertpapiere — Ausländische Zahlungsmittel  
— Börsenaufträge —  
Fachmännische Auskunftserteilung

zurück. Besonderer Dank für diese allgemein befriedigenden Veranstaltungen geht an den Arbeiterverein Nord, dem Bingen-Blüdder Verein Kohls und dem Lehrerkollegium unserer Schule und den Damen, die sich der ganzen kleinen, noch nicht schulpflichtigen Kinder annahmen. Es nahmen dieses Jahr alle Kinder unserer Gemeinde teil, auch die Schüler und Schülerinnen der höheren Klassen.

## Literatur

**Öffentliche Schule** (Staatslehranstalt für soziale Berufsausbildung und Wohlfahrtspflege) von Studenten Paul Weiss-Dresden. Diese Abhandlung, die in Nr. 8 der Zeitschrift "Die deutsche Fortbildungsschule" vom Jahre 1921 veröffentlicht war, ist jetzt infolge zahlreicher Anfragen in einem Sonderband erschienen. Zur Begründung der Notwendigkeit der Schaffung einer höheren sozialen Schule führt der Verfasser an, daß zwei Forderungen als berechtigt und wertvoll für den Neuerausbildungsprozeß zu gelten hätten, und zwar 1. das Verlangen nach einer demokratischen Staatsverfassung und 2. der Wunsch nach einer anderen sozialen Stellung und Beurteilung der abhängigen Arbeit. Gibt das Volk politische und wirtschaftliche Rechte bekommen, so müsse es auch in stande sein, dieselben auszuüben, und zwar insbesondere auch nach der Rückkehr, daß durch seine subjektive Mitarbeit gleichzeitig eine Produktionssteigerung erfolge. Es sei ein dringendes Gebot der neuen Zeit, mindestens in jedem größeren Kreisstaate eine Ausbildungsschule zu schaffen, die eine umfassende sozialwissenschaftliche Ausbildung vermittelt und weiteren Kreisen zugänglich macht. Für die sozialwissenschaftliche Ausbildung der Frauen sei durch Einrichtung sozialer Frauenschulen weit besser gesorgt, da daß hier schon solche Schulen in Berlin, Dresden, Köln und Hamburg schon lange bestehen. Die höhere soziale Schule will auf naturnahem Wege die Lücke, die bisher in den Mittelschulen für die volkswirtschaftliche Ausbildung vorhanden war, ausfüllen und sich den höheren Fachschulen als volkswirtschaftliche Mittelschule gleichberechtigt an die Seite stellt. Eine solche Ausbildungsschule müsse aber politisch vollkommen neutral sein und dürfe keiner Partei dienen. Im Hinblick auf die eingehende Begründung des Verfassers ergibt sich die Möglichkeit, eine Ausbildungsschule zu schaffen, die weiten Kreisen die Möglichkeit gibt, sich eine höhere sozial-gesellschaftliche Ausbildung zu eignen zu machen. In folgendem geht der Verfasser noch auf das Ziel, den Aufbau der Schule und den Lehrplanentwurf ein. Dieses Heft, wohl von größtem Interesse für die weitesten Kreise unseres Volkes, ist allen Lesern durch seine Klärheit und präzise Ausführung bestens zu empfehlen.

**Das Zentrum, Halbmonatsschrift für politische Bildung** (Herausgegeben vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei). In dieser Schrift findet sich die Fortsetzung der Mitteilungen der Deutschen Zentrumspartei, der Wochenschriften, der Zentrumsfakademikerblätter, verarbeitet durch eine Frauengruppe, Namensliste Zentrumsführer, wie der Reichsflansler Dr. Wirth, Reichspostminister Gisberts, Staatssekretär a. D. Triebborn, Reichsbahndirektor a. D. Braun u. a. tragen dazu bei, daß "Zentrum" zu einer parteipolitisch-hochstehenden und als Parteianhänger aufflächenden Schrift zu gestalten. Es muß sich deshalb ein jeder Freund und Anhänger der Zentrumspartei zur Pflicht machen, diese hochwertige Schrift in seinem Hause zu führen. Der Bezugspreis beträgt vierjährlich 5 M., der Einzelpreis der Nummer 1 M. Zu bezahlen ist "Das Zentrum" durch die Postzeitungsliste, Nachtrag 9, oder durch das Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei Berlin W 8, Französische Straße 62, 2.

## Letzte Telegramme

### Die wirtschaftliche Rückwirkung der französischen Ruhrpolitik

Paris, 6. Juni. Nach einer Neuwerker Meldung muß die neue französische Unleihe in den Vereinigten Staaten als ein gründliches Hindernis betrachtet werden. In Amerika hält man die französische Politik wie auch die Besetzung des Ruhrgebietes und die Beseitigung des oberschlechten Industriebedarfs an Frankreichs polnischen Verbündeten hingestellt. Frankreichs eigene Wirtschaft ist abträglich und hat deshalb kein Vertrauen mehr für Frankreichs wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit. Auch in Frankreich hat es schon bekanntlich vereinzelt Stimmen gegeben, die auf die Malakophenpolitik Frankreichs gegenüber Deutschland hingewiesen haben. Diese Stimmen wurden aber geflüstert überhört und von den französischen Chauvinisten und Militaristen niedergeschlagen.

### Lloyd George erkrankt

London, 6. Juni. Lloyd George leidet an Fieberfrost. Der Arzt hat ihm einige Tage Ruhe verordnet.

### Die englischen Handelsabkommen vor dem Wölkerbund

Genf, 6. Juni. England übermittelte dem Generalsekretariat des Wölkerbundes zwecks Eintragung und Veröffentlichung 18 Verträge und Abkommen zwischen Großbritannien einerseits, Belgien, Brasilien, China, Dänemark, Island, Frankreich, Holland, Liberia, Norwegen und Schweden und Venezuela andererseits. Die Verträge betreffen die Regelung der Handelsbeziehungen und die Regelung der Schifffahrt.

### Der Kohleabbau der englischen Bergarbeiter

London, 6. Juni. Mit Rücksicht auf Lloyd Georges Ultimatum, das Anerbieten der Regierung, zur Einführung der Lohnherabsetzung der Bergarbeiter 10 Millionen Pfund Sterling bereitzustellen, auf 14 Tage zu bestreiten, wird der Vollzugsausschuss der Bergwerksbesitzer den Vollzugsausschuss der Bergarbeiter für morgen zu einer Versammlung einladen.

### Hoffnungen auf Aufhebung der Rheinmoabte

München-Gladbach, 6. Juni. Obwohl bisher keine erkennbaren Anzeichen für die Aufhebung der Rheinmoabte vorliegen, steht man doch in hiesigen industriellen Kreisen in optimistischer Aussicht voraus, daß mit einer längeren Dauer dieser Rettlinie nicht mehr zu rechnen sei. Worauf sich dieser Optimismus gründet, ist nicht ersichtlich. Daß er aber in Umkreisen der Industrie und des Handels weit verbreitet ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß seit der letzten Woche im unbekümmerten Deutschland wesentlich mehr Aufträge gegeben worden sind, als in der Woche vorher.

## Sport

### Vorauftagegen

Grunewald, 7. Juni, 8 Uhr nach. 1. Wohlmann, Petersen; 2. Wohle, Amrich; 3. Wallenstein, Maiblinde; 4. Der Wohle, Vorber; 5. Famulus, Hellebarde; 6. Tramp, Voss; 7. Davenfels, Mur.

Berantwortlich: Für den redaktionellen Teil: i. V. Alfons Wenne; für den Inserenteil: Josef Johann, Druck und Verlag der "Saxonia-Buchdruckerei" G. m. b. H. zu Dresden.

## Nicht verzweifeln



Wenn alles versagte, wird Ihnen das "Wohlmann" helfen! —

### Wohlmann elektro-galvan. Heileapparat

erreichte nachweisbar beste Heilerfolge auch bei veralteten Leiden verschiedenster Art. Nicht zu verwechseln mit dem sogenannten "Elektrisieren". In 30 000 Familien Deutschlands erprobt und gelobt. Kostenlose Druckschriften, Probebehandlungen durch

G. Wohlmann & Co., A.-G., Dresden, Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad).

Behandlungsinstitute (Ambulanzen) und Vorführungsstellen:

Sanitätshaus Max Thierfelder, Dresden-A., Amalienstraße 28, I.

Albert Götz, Dresden-N., Hauptstraße 17

Frau A. M. Schmelzer, Dresden-A., Ermelstraße 19

Oto Treitler Nachf., Blasewitz, Am Schillerplatz

Richard Häusle, Naturheilanstalt, Bühlau, Carolastrasse 4

General-Vorsteher für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatsch, Bautzen, Heringstraße 3, I.



## LOSE

179. Sachs. Landeslotterie  
1/10 Los 7,50 Mk. 1921

Ziehung 1. Klasse: 15 u. 18 Juni

Otto Sprenger, Ostritz.

**Bankhaus Grieshammer & Löder**  
Dresden-A., Viktoriastrasse 28  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte  
Fernsprecher 12451